

Allgemeine Einkaufsbedingungen der RCS GmbH Rail Components and Systems

1. Allgemeines, Geltungsbereich

- (1) Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen („AEB“) gelten für alle Kauf- und Werklieferungsverträge („Kaufvertrag“) zwischen der RCS GmbH Rail Components and Systems und ihren Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich- rechtliches Sondervermögen ist. Diese AEB gelten ausschließlich; Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers gelten auch dann nicht, wenn er im Rahmen seiner Bestellung ausdrücklich auf sie verweist.
- (2) Die AEB gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Kaufverträge mit demselben Verkäufer, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten; über Änderungen unserer AEB werden wir den Verkäufer in diesem Fall unverzüglich informieren.
- (3) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Handelsklauseln, Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend. Bei Verwendung internationaler Handelsklauseln gilt im Zweifel die Auslegung gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.
- (4) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Verkäufer uns gegenüber abzugeben sind (z.B. Fristsetzungen, Mahnungen, Erklärung von Rücktritt), bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Im Übrigen genügt bei vertraglicher oder gesetzlich vorgesehener Schriftlichkeit von Erklärungen Wahrung der Textform (insbes. Telefax oder E-Mail).
- (5) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Vertragsschluss

- (1) Der Vertragsschluss erfolgt jeweils unmittelbar zwischen unserer bestellenden Gesellschaft und dem Verkäufer auf Grundlage dieser AEB.
- (2) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (3) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von zwei Wochen schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme), sofern sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt. Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.

3. Lieferzeit und Lieferverzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie zwei Wochen ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir eine Vertragsstrafe i.H.v. 0,3 % des Nettopreises (Lieferwert) der verspätet gelieferten Ware pro angefangenen Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des vertraglichen Lieferwerts. Wir sind berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung und als Mindestbetrag eines vom Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Schadensersatzes zu verlangen; die Geltendmachung eines weiteren Schadens bleibt unberührt. Nehmen wir die verspätete Leistung an, werden wir die Vertragsstrafe spätestens mit der Schlusszahlung geltend machen.

4. Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, es sei denn, der Vertrag bezieht sich auf ein bereits hergestelltes Einzelstück.
- (2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Bestellnummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Annahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
- (5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die ge-

setzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

5. Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.
- (3) Der vereinbarte Preis ist, wenn nicht anders vereinbart ist, innerhalb von 60 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Bei einer Zahlung innerhalb von 30 Tagen sind wir zu einem Abzug von 3% Skonto berechtigt. Die Rechnung hat für jede Bestellung gesondert zu erfolgen und muss insbesondere auch unsere Bestellkennung (Datum und Bestellnummer) ausweisen. Als Start der Zahlungsfrist gilt der Tag, an dem die Ware ordnungsgemäß bei uns eingegangen ist. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Der Verzugszins beträgt jährlich fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Für den Eintritt unseres Verzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Verkäufer erforderlich ist.
- (5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

6. Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalte

- (1) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags.

- (2) Vorstehende Bestimmungen gelten entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (3) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (4) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

7. Mangelhafte Lieferung

- (1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.
- (3) Abweichend von § 442 Abs. 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (4) Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht bezieht sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere sowie bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Bei anderen Mängeln kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ord-

nungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 2 Wochen abgesendet wird.

- (5) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Zweckbestimmung gemäß in eine andere Sache eingebaut wurde. Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Verkäufer aufgewendeten Kosten trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Etwas anderes gilt dann, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
- (6) Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- (7) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

8. Lieferantenregress

- (1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 478, 479 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.
- (2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 478 Abs 3, 439 Abs 2 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- (3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die Ware vor ihrer Veräußerung an einen Verbraucher durch uns oder einen unserer Abnehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

9. Produkthaftung

- (1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

- (2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer auch Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Gefahrenabwendungsmaßnahmen (z. B: Produktrückruf) ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – vorab unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- (3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten. Auf unser Verlangen ist die Versicherung im Einzelfall auch auf Rückrufkosten zu erstrecken.

10. Verjährung

- (1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahmevereinbarung ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln einschließlich geistiger Eigentumsrechte, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- (3) Mit dem Zugang einer schriftlichen Mängelanzeige beim Verkäufer wird die Verjährung gehemmt. Bei der Nacherfüllung beginnt die Verjährungsfrist für ersetzte oder nachgebesserte Teile von neuem zu laufen, es sei denn, der Verkäufer war – für uns erkennbar – zur Nacherfüllung nicht verpflichtet (Kulanzleistung).
- (4) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerungen gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt für diese die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

11. Compliance, Umweltschutz, Sicherheit, Gesundheitsschutz und Energieeffizienz

- (1) Der Verkäufer ist verpflichtet, alle anwendbaren Rechtsvorschriften bezüglich Umweltschutz, Energieeffizienz, Arbeitsschutz, Unfallverhütung, Transport- und Anlagensicherheit einzuhalten.
- (2) Bei der Erbringung von Leistungen innerhalb einer Betriebsstätte eines senata Unternehmens sind zusätzlich die spezifischen betrieblichen Regelungen für den Einsatz von Fremdfirmen der Betriebsstätte einzuhalten.
- (3) Waren und Leistungen sind so herzustellen und zu erbringen, dass sie am Tage der Lieferung bzw. der Ausführung dem aktuellen Stand der Technik sowie allen anwendbaren gesetzlichen und behördlichen Vorschriften entsprechen und den Unfallverhütungsvorschriften genügen.

- (4) Maschinen und technische Arbeitsmittel sind CE-konform und mit vollständiger, aktueller technischer Dokumentation (EG-Konformitäts- bzw. Einbauerklärung und Betriebs- bzw. Einbauanleitung) zu liefern.
- (5) Im Falle der Lieferung von Gefahrstoffen ist der Verkäufer verpflichtet, unaufgefordert und vor der Lieferung, das EG-Sicherheitsdatenblatt zur Verfügung zu stellen. Der Verkäufer steht dafür ein, dass seine Lieferungen den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe („REACH-Verordnung“) entsprechen.
- (6) Der Verkäufer steht dafür ein, dass zu liefernde Waren, sofern anwendbar, den Vorgaben des Dodd-Frank Act (Konfliktminerale) und der EU-Richtlinie 2011/65 („RoHS-Richtlinie“) zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, entsprechen.

12. Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lagerort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.
- (2) Ist der Verkäufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – örtlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten das Gericht am Sitz der kaufenden Gesellschaft. Entsprechendes gilt, wenn der Käufer sonstiger Unternehmer ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß Ziffer 4. Abs. 2 bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben.

General Terms and Conditions of Purchase of RCS GmbH Rail Components and Systems

1. General provisions, scope of application

- (1) The General Terms and Conditions of Purchase ("GTC") apply for all contracts of purchase and contracts for work and materials ("Purchase agreement") between RCS GmbH Rail Components and Systems and its suppliers ("seller"). The GTC shall only apply if the seller is an entrepreneur (section 14 of the German Civil Code), a legal person under public law or a special fund under public law. The GTC shall apply to the exclusion of all others.
- (2) The relevant version of the GTC shall also function as a framework agreement for future contracts with the same seller without us having to refer to our GTC in individual cases again; we will inform the seller about any changes of our GTC.
- (3) Individual agreements that may have been concluded with the seller (including commercial clauses, ancillary agreements, supplements and amendments) shall take precedence over the GTC. A written agreement or our written confirmation is required to validate the content of such agreements. If international commercial clauses are applied, in case of doubt, the interpretation in accordance with Incoterms, published by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC), as amended at the time of conclusion of contract shall apply.
- (4) Legally relevant declarations and notifications that are to be submitted by the seller to us after the contract has been concluded (e.g. deadlines, reminders, declaration of rescission) are required to be in writing in order to be effective. Furthermore, for statements and representations for which written form is contractually or legally required, any written form is sufficient (esp. fax or e-mail).
- (5) References for the validity of statutory provisions shall have an explanatory function only. Even without such explanation, the statutory provisions shall apply, as far as they have not been directly modified or expressly excluded in the GTC.

2. Conclusion of contract

- (1) The conclusion of the contract occurs in each case between our ordering company and the seller on the basis of this General Terms and Conditions of Purchase.
- (2) Our order is binding no earlier than the time of written submission or confirmation. The seller shall be required to point out obvious errors (e.g. spelling and calculation errors) and deficiencies in the order and the order documentation for the purpose of correction or completion prior to acceptance; otherwise, the contract shall not be deemed effective.
- (3) The seller is requested to confirm our order in writing within a period of 2 weeks or execute it without reservation especially by sending the goods (acceptance), as far as not otherwise stipulated in the order. Delayed acceptance shall be deemed a new offer and shall require acceptance by us.

3. Delivery time and delivery delay

- (1) The delivery time indicated by us in the order shall be binding. If the delivery time is not indicated in the order and has not been agreed upon otherwise, it shall be 2 weeks from the conclusion of the contract. The seller is required to

inform us without delay in writing in the event that he anticipates that he cannot comply with agreed delivery times for any reason whatsoever.

- (2) In the event that the seller fails to perform or fails to do so within the agreed delivery time or if such performance is subject to delay, our rights shall be governed by the statutory provisions, especially with respect to rescission and damage compensation. Provisions under no. 3 shall remain unaffected.
- (3) Should the seller default, we are entitled to claim the payment of a contractual penalty in the amount of 0.3% of the net purchase price (delivery value) of the delayed delivery for each started workday, such compensation shall not, however, exceed 5% of the contractual delivery value. We are entitled to claim the contractual penalty in addition to the fulfillment of the order and, as a minimum amount, the compensation for which the seller is liable in accordance with statutory provisions; the right to claim further damages shall remain unaffected. If we accept the belated performance, we will claim the contractual penalty at the latest at the time of the final payment.

4. Performance, delivery, transfer of risks, acceptance delay

- (1) The seller is not entitled to subcontract (e.g. subcontractors) any of its obligations to third parties, without our prior written consent. The seller shall bear the procurement risk for his services, unless the contract applies to an already manufactured single piece.
- (2) Delivery shall take place free of charge within Germany at the location indicated in the order. If the location is not designated and no agreements have otherwise taken place, the delivery shall take place at our business headquarters. The point of destination is also the place of performance (obligation to deliver).
- (3) The delivery shall be accompanied by a delivery note indicating the date (issue and shipping), the content of the delivery (item number and quantity), as well as our order identifier (date and order number). If the delivery note is missing or is incomplete, we do not take any responsibility for any resulting delays in handling and payment. A corresponding shipping notice containing the same information shall be sent to us separately from the delivery note.
- (4) The risk of accidental loss or accidental deterioration of the item passes to us upon transfer at the place of performance. Insofar as an act of acceptance is agreed, this shall determine the passing of the risk. Furthermore, the statutory provisions under the law applicable to works and services shall apply accordingly to any acceptance agreed upon. If we are in default of acceptance, handover or acceptance shall apply as having taken place.
- (5) In the event of our delay in acceptance the statutory provisions shall apply. However, the seller shall expressly offer us performance even if a specific or definable calendar date has been agreed upon on our part for an action or assistance (e.g. provision of material). In the event that we are in acceptance delay, the seller can demand compensation for any

additional expenses in accordance with the statutory provisions. If the contract refers to the manufacture of non-fungible goods (individual production) that are to be produced by the seller, the seller shall be entitled to further-reaching rights only if we commit ourselves to participation duties and are responsible for the failure to perform participation duties.

5. Prices and payment terms

- (1) The price indicated in the order is binding. All prices include the legally applicable sales tax unless it is indicated separately.
- (2) Unless otherwise indicated in individual cases, the price shall cover all services and ancillary services of the seller (e.g. assembly, mounting), as well as all incidental costs (e.g. proper packaging, transport costs, including any transport and liability insurance). The seller shall take back packaging material at our request.
- (3) Unless otherwise agreed upon, the agreed price shall be due for payment within 60 calendar days upon completion of delivery and performance (including any agreed acceptance when applicable) as well as receipt of a proper invoice. In the case of payment within 30 days we shall be entitled to a discount of 3%. The invoice shall be issued for each order separately and must state our order identification (date and order number). Payment period starts when goods have been delivered orderly. In case of a bank transfer the payment shall be considered effected, if our transfer order has been received before the expiry of the payment period; we are not responsible for delays caused by banks involved in the payment transaction.
- (4) We shall not owe interest after the due date. The payment of interest on arrears shall be 5 percentage points over the base interest rate. In the event of a delay, for which we are responsible, the statutory provisions shall apply; in derogation of this provision, in any case, the seller shall issue a written reminder.
- (5) We are entitled to the right of set-off and retention, as well as plea of non-performance to the statutory scope. We are, in particular, entitled to retain due payments as long as we still have claims against the seller arising from incomplete or faulty services.
- (6) The seller shall have the right of set-off or retention only on the basis of legally determined and undisputed counterclaims.

6. Confidentiality and rights of ownership

- (1) We shall reserve the rights of ownership and copyright for plans, drawings, calculations, instructions, product descriptions and other documentation. Such documents are to be used solely for the contractual services and must be returned to us after the execution of the contract. The documents shall be kept confidential and this obligation to confidentiality shall continue to apply even after the contract has ended.
- (2) The foregoing provisions shall apply correspondingly for items and materials (e.g. software, finished goods and work-in-progress) as well as for tools, patterns, samples and other objects that we provide to the seller for manufacturing. When not undergoing processing, such objects shall be maintained separately and shall be appropriately insured against loss or destruction at the cost of the seller.
- (3) Any processing, mingling or combination (further processing) of the objects provided by us will be carried out by the seller in our favor. The same applies if we further process the delivered goods, so that we, by such processing at the latest, will

be deemed the manufacturer and obtain ownership of the product in accordance with the statutory provisions.

- (4) The transfer of ownership of the goods to us shall take place unconditionally and regardless of whether the payment price has been paid. If we accept, however, in individual cases, an offer from the seller to transfer the ownership of the goods through the payment of the purchase price, the seller's reservation of ownership of the delivered goods lapses at the latest with the payment of the purchase price. In the scope of a correct business transaction we remain entitled to resell the goods even prior to the payment of the purchase price by the assignment in advance of the claim resulting from the resale (alternatively valid for the simple and extended reservation of ownership). All other forms of reservation of ownership are excluded, in particular, the extended and the transferred reservation of ownership as well as in the case of further processing of the goods.

7. Defective delivery

- (1) Unless otherwise stipulated, statutory provisions shall apply regarding our rights with respect to material and legal defects in the goods (including wrong and shortfall delivery, inexperienced assembly, deficient assembly or operating instructions) and regarding other breaches of duty on the part of the seller.
- (2) According to the law, the seller in particular is liable for ensuring that the goods have the agreed properties upon transfer of risk to us. The product descriptions which, in particular through designation or reference in our order, are the subject matter of the respective agreement, or which were incorporated into the agreement in the same way as these GTC, are regarded as an agreement. Thereby, it does not make any difference whether the product description originates from us, from the seller or from the manufacturer.
- (3) Notwithstanding section 442, paragraph 1, clause 2, of the German Commercial Code, we may assert claims regarding defects even if we were unaware of the defect at the time of entering into the contract as the result of gross negligence.
- (4) The statutory regulations (sections 377, 381 of the German Commercial Code) shall apply with respect to the commercial duties of examination and notice of non-conformity duties, as follows: Our duty of examination shall be limited to defects that come to light during our incoming goods inspection involving a visual examination of the goods and a check of the delivery documents as well as during our random sample-based quality control inspection (e.g. transport damage, wrong and shortfall delivery). With other defects, it depends to what extent an examination which takes into account the circumstances of the individual case will be possible in the normal course of business. If an acceptance has been agreed upon, there is no obligation to conduct an inspection. Our obligation to notify defects discovered at a later date shall remain unaffected. In all cases, such a complaint (notice of defect) shall be considered prompt and in due time if it reaches the seller within 2 weeks.
- (5) Rectification of defects includes also the disassembly and re-assembly of the defective goods, provided that the goods were incorporated in other things in accordance with their intended use. The costs incurred by the seller for inspection and rectification must be borne by the seller if it turns out that in fact no defect existed. Any regulation to the contrary shall apply only if we have recognized or if gross negligent have not recognized that no defect existed.
- (6) If the seller does not fulfill his obligation of supplementary

performance – at our option either by remedy of deficiencies (rectification) or by delivery of goods free from defect (replacement) – within an adequate period stipulated by us, we may carry out remedial actions ourselves and claim compensation for the necessary expenditures or respective advance payments from the seller. If the supplementary performance by the seller has failed or if it is not reasonable for us (e.g. in particular urgent cases, danger of operational security or imminent disproportional loss), stipulation of a deadline is waived; we shall inform the seller of such circumstances immediately, if at all possible in advance.

- (7) Moreover, we are entitled, under the law, to a reduction of the purchase price or to withdraw from the contract in case of material or legal defects. Furthermore, we are entitled to compensation for damages and reimbursement of expenses according to the law.

8. Supplier's recourse

- (1) We are unrestrictedly entitled to the legally defined rights of recourse within the supply chain (supplier's recourse in accordance with sections 478, 479 of the German Civil Code) in addition to the right to claim damages for defects. We are especially entitled to demand exactly that kind of supplementary performance (rectification or replacement) from the seller which we owe our consumer in the individual case. Our legal right of choosing the cure is not affected hereby (section 439, paragraph 1, of the German Civil Code).
- (2) Before accepting or fulfilling a claim of defect asserted by one of our customers (including reimbursement of expenditure in accordance to paragraph 478 section 3, paragraph 439 section 2 of the German Civil Code), we will inform the seller explaining the facts in short and ask him for a written statement. Unless the statement is submitted within an adequate period of time and a mutual solution is made, the claim of defect actually granted by us is considered to be owed to our customer; in this case the seller is obliged to produce proof of the contrary.
- (3) Our rights to supplier's recourse also apply if the goods were processed by us or one of our purchasers, e.g. by incorporating them in another product before they are sold to a customer.

9. Product liability

- (1) If the seller is responsible for product damage, he shall exempt us from third-party claims insofar as the cause lies within his domain and organization and he is himself liable against third parties.
- (2) Within his indemnity obligation the seller shall refund expenditure in accordance with sections 683, 670 of the German Civil Code arising from or in connection with any hazard prevention action that may be undertaken by a third party, including us (e.g. product recall). We shall inform the seller in advance on the content and scope of recall measures, as far as this is possible and reasonable, and give him an opportunity to make a statement. Further legal claims shall remain unaffected.
- (3) The seller shall conclude and maintain a product liability insurance policy with a lump sum of coverage of at least ten million Euros per damage to person/property. On our request and for individual cases, the insurance shall also be extended to recall costs.

10. Statute of limitations

- (1) The reciprocal claims of the contracting parties fall under the statute of limitations according to the legal regulations unless agreed otherwise in the following.
- (2) Notwithstanding section 438, paragraph 1, no. 3, of the German Civil Code, the general statute of limitations for defect claims is 3 years after the transfer of risk. If acceptance has been agreed, the statute of limitations begins at the time of acceptance. The three-year statute of limitations period also applies to claims resulting from defects in title, including any intellectual property rights, whereby the legal statute of limitations for material restitution claims of third parties (section 438, paragraph 1, no. 1 of the German Civil Code) remains unaffected; claims from defects in title shall, moreover, not lapse, as long as the third party has the right to assert such claims against us, in particular in the absence of limitations.
- (3) Upon receipt of a written notice of defects by the seller, the statute of limitations is tolled. In case of supplementary performance, the statute of limitations begins to run again for replaced or repaired parts unless the seller was - recognizable to us – not obliged to supplementary performance (goodwill performance).
- (4) The statutes of limitation for purchasing law, including the aforementioned extensions, shall apply to all defect claims to the extent permitted under law. If we are also entitled to damage compensation claims due to a defect beyond those contractually stipulated, the normal legal statute of limitations shall apply (sections 195, 199 of the German Civil Code), unless the application of the statutes of limitation of purchasing law result in individual cases in a longer statute of limitations.

11. Compliance, Environmental Protection, Safety, Health Protection und Energy Efficiency

- (1) The seller is obliged to comply with all applicable legal regulations regarding environmental protection, energy efficiency, occupational safety, accident prevention, transport and plant safety.
- (2) When performing services within premises of a senata companies, the specific operational regulations of these business premises concerned for the use of external companies must also be respected.
- (3) Goods and services are to be manufactured and provided in such a way that they correspond to the current state of the art as well as all applicable legal and official regulations on the day of delivery or execution and comply with the accident prevention regulations.
- (4) Machines and technical working equipment must be delivered CE-compliant and with complete, current technical documentation (EC declaration of conformity or declaration of assembly and operating or installation instructions).
- (5) In the case of delivery of hazardous substances, the seller is obliged to provide the EC safety data sheet without being asked and before delivery. The seller guarantees that his deliveries comply with the provisions of Regulation (EC) No. 1907/2006 regarding registration, evaluation, approval and restriction of chemical substances ("REACH Regulation").
- (6) The seller guarantees that the goods to be delivered, if applicable, comply with the requirements of the Dodd-Frank Act (conflict minerals) and the EU directive 2011/65 ("RoHS directive") for restricting the use of certain hazardous substances in electronics and electronic devices

12. Governing law and jurisdiction

- (1) The laws of the Federal Republic of Germany shall apply to the GTC and all legal relationships between us and the seller, the international uniform laws in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods shall be excluded. Requirements and effects of the retention of proprietary rights shall be subject to the law at the relevant location of the item in the event that the legal option chosen under German law is either impermissible or ineffective.
- (2) In the event that the seller is a businessman as interpreted in the German Commercial Code or a legal person under public law or a special fund under public law, is exclusive local place of jurisdiction, even internationally, for any disputes arising under the contractual relationship, the registered office of the purchasing company. The same applies if the purchaser is an ordinary businessman. We shall be, however, in all cases, also entitled to file suit at the place of fulfillment of the delivery obligation in accordance to section 4, paragraph 2 or a prior individual agreement or at the seller's general place of jurisdiction.